



Foto: Christian Kiel

## Kinderarmut bekämpfen

**Gemeinsame Aufgabe von Bund,  
Ländern und Kommunen!**

von Gabriele Hiller-Ohm ■ ■

» Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II hat viele Menschen aus der „versteckten Armut“ geholt, die Statistiken transparenter gemacht und somit einen ungeschminkten Blick auf die Armut und Armutsgefährdung in Deutschland erleichtert. Deutlich geworden ist dabei vor allem auch das für eine reiche Gesellschaft wie Deutschland erschreckende Ausmaß von Kinderarmut, die sich insbesondere in extrem unterschiedlichen Lebenschancen von Kindern ausdrückt. Notwendig ist deshalb eine wirksame politische Strategie gegen Kinderarmut, die alle politischen Ebenen mit einbezieht!

### □ Aktuelle Situation

Legt man die offiziellen Definitionen an, so sind in Deutschland mehr als zwei Millionen Kinder arm oder armutsgefährdet. Auch wenn die statistischen Angaben natürlich nichts über die individuellen Lagen der Kinder aussagen, so ist doch davon auszugehen, dass es den meisten dieser Kinder an elementaren materiellen und soziokulturellen Dingen mangelt.

Für eines der reichsten Länder der Erde ist dieses Ausmaß an Kinderarmut eine beschämende Tatsache. In Deutschland wurde in den letzten Jahren sehr viel über sinkende Geburtenraten debattiert, der konkreten Lebenssituation von Armut betroffener Kinder wurde hingegen nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Zersplitterung der Verantwortlichkeiten mit ihren finanziellen Auswirkungen auf die verschiedenen politischen Ebenen. So ist der Bund beispielsweise für die Festlegung des Existenzminimums zuständig, die Länder bestimmen über die bildungspolitischen Rahmenbedingungen und die Kommunen organisieren die Kinderbetreuung. Es fehlen Transparenz, klare Strukturen und eine Gesamtstrategie zur Überwindung von Kinderarmut. Solange es nicht gelingt, einheitliche Standards in Deutschland festzulegen, werden die Lebenschancen unserer Kinder in Abhängigkeit ihrer sozialen Herkunft weiter auseinanderdriften.

### □ Bündnis gegen Kinderarmut

Wir brauchen deshalb ein gesamtstaatliches „Bündnis gegen Kinderarmut“. Ausgangspunkt muss immer das Wohl des Kindes sein. Leider wird dieser wichtige Leitsatz nicht selten im Gerangel um Zuständigkeiten oder aus finanziellen Gründen aus den Augen verloren. Bund, Länder und Gemeinden müssen sich im Rahmen dieses Bündnisses auf gleichwertige Standards einigen, die dann für alle Kinder in Deutschland, unabhängig vom jeweiligen Bundesland, in dem sie leben, gelten und umgesetzt werden.

## □ Mehr Teilhabe durch bessere Bildung, Betreuung und Familienförderung

Eine qualitativ hochwertige Bildungspolitik, die Kinder möglichst früh fördert und soziale Unterschiede aufzubrechen versucht statt sie zu verschärfen, ist eine notwendige Voraussetzung für wirksame Armutsprävention. Der unter der rot-grünen Bundesregierung eingeleitete Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Förderung von Ganztagsangeboten sind wichtige Bausteine für mehr Chancengleichheit. Gleiches gilt für den von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem Jahr 2013.

» Mehr, besser, wirksamer – hieran sollte sich der Ausbau von Kinderbetreuungs- und Bildungsangeboten orientieren. Betreuungs- und Bildungseinrichtungen müssen qualitätsmäßig nicht nur an die Herausforderungen einer globalisierten Gesellschaft angepasst werden, sie müssen auch als wichtiges Element eines Frühwarnsystems gegen Kindesmisshandlung und –verwahrlosung gestärkt werden. Ganz wichtig ist, dass Dienstleistungs- und Beratungsangebote für Eltern und Kinder ausgebaut und miteinander vernetzt werden, damit sie präventiv wirken und die Lebenschancen der Kinder verbessern können.

## □ Dazu gehört unter anderem

□ Der Ausbau von Eltern-Kind-Zentren: Kindertageseinrichtungen müssen ihren Bildungs- und Betreuungsauftrag erweitern, indem sie als Anlaufstelle auch ein umfangreiches Beratungs- und Hilfsangebot für Eltern bereithalten. Der Ausbau von Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren sollte nachhaltig gefördert werden, damit ein flächendeckendes und ortsnahes Beratungsnetzwerk entstehen kann. Hierzu ist es unerlässlich, den Qualifikationsanspruch an Erzieherinnen und Erzieher zu erhöhen und mehr Mittel in ihre Aus- und Weiterbildung zu investieren.

- Gesundes Essen in Schule und Kindertagesstätte: Kinder, die bereits hungrig ihren Tag beginnen, sind leider traurige Realität. Mangelnde und falsche Ernährung behindert dabei nicht nur die konzentrierte Teilnahme am Unterricht, sondern stellt vor allem eine Gefährdung für die gesundheitliche Entwicklung der Kinder dar. Auch hier sind alle politischen Ebenen gemeinsam in der Pflicht.
- Kostenlose Schulbücher und Teilnahme an Schul- und Bildungsveranstaltungen: Die Gewährung gleicher Bildungschancen setzt einen freien Zugang zu Lernmitteln, Bildungsmaterialien und -angeboten voraus. Zusammen mit Ländern und Gemeinden sollte der Bund ein Modell entwickeln, das den notwendigen Bedarf für eine gerechte Teilhabe und Förderung abdeckt.

## □ Aktive Beschäftigungspolitik und Einführung eines Mindestlohns

Bessere Bildung und Betreuung von Anfang an ist ein wichtiger Bestandteil zur Bekämpfung von Kinderarmut. Da arme Kinder in der Regel Kinder armer Eltern sind, muss aber auch die Lebenssituation der Eltern nachhaltig verbessert werden. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, schlechten Arbeitsbedingungen und unfairer Entlohnung ist Voraussetzung, um den Teufelkreis „vererbter“ Armut zu durchbrechen.

» Kinderarmut lässt sich überproportional in Familien nachweisen, in denen ein Partner zum Familieneinkommen nicht beitragen kann oder allein erziehend für das Einkommen sorgen muss. Beides betrifft überwiegend Frauen. Deshalb muss die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen mit den dazugehörigen Rahmenbedingungen konsequent verfolgt werden. Neben dem Ausbau der Ganztagsbetreuung und der Einführung des Elterngeldes sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eltern- und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und insolvenz-sichere Langfrist-arbeitszeitkonten notwendig. ▶

Über das Instrument aktiver Beschäftigungspolitik hinaus brauchen wir eine Absicherung derjenigen, die arm trotz Arbeit sind. Rund eine Million arbeitende Menschen in Deutschland sind aktuell auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen – die Hälfte von ihnen trotz Vollzeitarbeit. Das beste Mittel, um dieser wachsenden Gruppe der ‚working poor‘ zu begegnen, ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

## □ Weiterentwicklung der Sozialen Grundsicherung

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der Schaffung der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind viele Hilfsbedürftige erstmals in den Sozialleistungsbezug und damit in die öffentliche Statistik hineingekommen. Der quantitative Anstieg der Sozialleistungsbezieher hat auch die massive Betroffenheit der Kinder ans Licht der Öffentlichkeit gebracht.

Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik orientiert sich jetzt an den Prämissen des Förderns und Forderns. Das hat vor allem arbeitsfähigen Menschen, die vor den Reformen Sozialhilfe bezogen haben, neue Chancen auf Teilhabe eröffnet. Hiervon profitieren auch deren Kinder.

Foto: Christian Kiel



» Doch die Reformen weisen auch Schwachstellen auf, die benannt und beseitigt werden müssen. Neben geförderter Beschäftigung für Langzeitarbeitslose sowie Fragen der Qualifizierung und Weiterbildung, die ein wichtiger Bestandteil moderner Arbeitsmarktpolitik sind, gibt es leistungsrechtliche Stellschrauben, die insbesondere im Hinblick auf die Vermeidung von Kinderarmut weiter verbessert werden sollten:

- Die Art und Weise der Regelsatzbestimmung sowie der jährlichen Leistungsanpassung sollte überdacht werden. Derzeit finden alle fünf Jahre Einkommens- und Verbrauchsstichproben statt, um den Grundbedarf zu ermitteln. Zwischen diesen Stichproben wird der Wert an die Entwicklung des Rentenwertes gekoppelt. Diese Anpassung sollte überdacht werden, da zum Beispiel seit der letzten Stichprobenerhebung 2003 die Ausgaben für Gesundheit stark gestiegen sind und auch die Mehrwertsteuer erhöht wurde, während die Renten mehr oder weniger stagnierten. Gerade für diejenigen Menschen, die vom Existenzminimum leben müssen, sind diese – nach der Erhebung entstandenen – Mehrkosten schwer zu tragen. Der Abstand von fünf Jahren zwischen zwei Regelsatzerhebungen erscheint deshalb zu lang, um den sich schnell wandelnden gesellschaftlichen Realitäten gerecht zu werden. Die jährliche Anpassung des Regelsatzes zwischen zwei Verbrauchsstichproben muss deshalb an den Verbraucherpreisindex gekoppelt werden.
- Im Hinblick auf die besondere Situation von Kindern ist über die Einführung eines eigenen „Kinderregelsatzes“ nachzudenken. Dabei könnte die Erstellung einer nach Alter differenzierten Regelsatztablelle das Ziel sein.
- Analog zum Sozialgesetzbuch XII (Sozialhilfe für Nichterwerbsfähige) ist eine Öffnungsklausel für Härtefälle in das Sozialgesetzbuch II (Arbeitslosengeld II) aufzunehmen. Mit einer solchen Klausel soll denjenigen, die mit den aktuell 347 Euro plus Wohn- und Heizkosten nicht hinkommen, ermöglicht werden, in Härtefällen Beihilfen zu bekommen. Derzeit sind im

Arbeitslosengeld II lediglich zurückzahlungspflichtige Darlehen vorgesehen und selbst diese werden zum Teil nur restriktiv vergeben.

## □ Gemeinsam gegen Kinderarmut

Der Ausbau der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Beschäftigungsförderung und eine weiterentwickelte Grundsicherung sind der Dreiklang, der vorbeugt, dass Kinder in Armut fallen oder ihnen hilft, aus diesem Schicksal zu entkommen. Es gibt in Deutschland sicherlich viele gute Ansätze und Beispiele, wie Lebensbedingungen und Chancen von Kindern verbessert werden können. Einige Bundesländer und Kommunen bieten bereits kostenlose Verpflegung in Schulen oder den kostenfreien Zugang zu Kindertagesstätten an. Der Bund fördert den Ausbau von Ganztagschulen und Krippen. Doch solange dies beliebig ist und es Bund, Ländern, Städten und Gemeinden überlassen bleibt, was und wie viel sie für Kinder investieren, wird die Schere der ungleichen Verteilung von Lebenschancen in Deutschland weiter auseinander gehen.

» Aufgabe des Bundes ist es, als Koordinator im föderalen System für gleichwertige Lebensstandards Sorge zu tragen. Er sollte sich also an die Spitze eines Bündnisses gegen Kinderarmut stellen und die Länder in die Pflicht nehmen. Wenn es der Kultusministerkonferenz seit vielen Jahren auch gegen harte Widerstände aus der Wirtschaft gelingt, sich auf eine Ferientzeitregelung zu einigen, so muss es doch wohl auch möglich sein, dass sich eine Sozialministerkonferenz auf einheitliche Standards für unsere Kinder und deren Durchsetzung zur Überwindung von Kinderarmut in Deutschland verständigt. ■



Den »Sozialismus« jeden Monat neu: das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten Monat ein Supplement inklusive.  
Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für 62,- €/Jahr (für Arbeitslose und Studenten: 44,- €); zum Kennenlernen: 3 Hefte zum Probeabopreis von 10,- €  
Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Bestellen:  
Redaktion Sozialismus,  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-20, [info@sozialismus.de](mailto:info@sozialismus.de)

**LINKE?**  
Bei uns schon  
seit 1863!

Mitglied werden!

**DL 21**

Forum demokratische Linke  
Die Linke in der SPD

[www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de)

↳ Gabriele Hiller-Ohm, MdB, SPD-Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales, sie lebt in Lübeck.